CAMERA PRESS / PICTURE PRESS

Gefangene Hereros in Deutsch-Südwest (1904)

NAMIBIA

Klage wegen Verbrechen

Weil sie bei deutschen Regierungen kein Gehör fanden, versuchen Nachfahren eines von Truppen des wilhelminischen Kaiserreichs unterworfenen afrikanischen Stammes jetzt vor US-Gerichten, Entschädigung für Völkermord und Ausbeutung zu erstreiten. Zwei Milliarden US-Dollar fordert das im heutigen Namibia ansässige Hirtenvolk der Hereros von drei Unternehmen als Wiedergutmachung für deren Kollaboration mit einem Kolonialregime, das sie nicht nur der Weidegründe beraubte, sondern zur Vernichtung freigab. Mehr als 60 000 Menschen starben bei einer 1904 von Wilhelm II. angeordneten Strafexpedition gegen aufständische Rinderhirten in Deutsch-Südwest, des Kaisers Kolonie an Afrikas Atlantikküste. Sie wurden in die Wüste getrieben, wo sie verdursteten, oder kamen in Konzentrationslagern um. Zur Rechenschaft gezogen werden soll laut Klage die Deutsche Bank, weil die 1929 mit ihr fusionierte Disconto-Gesellschaft die Kolonialisierung finanzierte; zudem eine heute unter dem Namen Deutsche-Afrika-Linien in Hamburg firmierende Reederei, die, so die Vorwürfe, damals als Woermann-Linie gefangene Hereros zum Löschen von Schiffsladungen einsetzte. Beklagt ist auch ein US-Hersteller von schweren Bau- und Bergbaumaschinen namens Terex, der die einst in Deutsch-Südwest tätige Firma Orenstein & Koppel aufkaufte – sie soll Überlebende zum Gleisbau zwangsverpflichtet haben, so die Herero-Anwälte. Der Fall soll vor einem Washingtoner Bundesgericht gehört werden. Sollten die Hereros gewinnen, hoffen sie, mit der Entschädigungssumme unter anderem von meist deutschstämmigen Siedlern betriebene Farmen in ihren historischen Weidegründen zurückkaufen zu können.

PHILIPPINEN

Auf ewig verschleppen

Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo steht ein juristischer Alptraum bevor, der nicht nur die Verurteilung ihres Amtsvorgängers Joseph „Erap“ Estrada wegen des Vorwurfs der Korruption vereiteln könnte, sondern ihn auch wieder zum legalen Amtsinhaber erheben würde. Der Oberste Gerichtshof berät derzeit über einen Antrag der Estrada-Verteidiger, in dem das Gesetz zur „Plünderung des Staates“ als „sehr vage“ bezeichnet wird und damit als ungültig: Der Paragraf 7080, der 1993 vom Senat verabschiedet wurde, sieht bei „schweren Vergehen über 50 Millionen Peso“ sogar die Todesstrafe vor. Die Verteidigungsstrategie ist geschickt – mindestens 6 der 15 obersten Richter wurden von „Erap“ ernannt. Käme der Ex-Präsident frei, würde dies nicht nur die Rechtmäßigkeit von Arroyos Amtsübernahme nach den massiven Protestaktionen vom Januar in Frage stellen; für den selbst ernannten „Robin Hood der Armen“ wäre es leicht, das Verfahren gegen sich auf ewig zu verschleppen, zumal die Anklage bereits eine Niederlage einstecken musste. Der Oberste Gerichtshof untersagte die Live-Übertragung der jetzt beginnenden Verhandlung. Zugang hat nur eine kleine Anzahl von Gerichtsreportern.

AP

Häftling Estrada

ECUADOR

Tunnel wie einst in Vietnam

ELIANA APONTE / REUTERS

Farc-Guerrilla-Camp

Die Zufallsentdeckung eines kolumbianischen Guerrilla-Camps auf ecuadorianischem Gebiet bestätigt – der Koka-Krieg weitet sich aus. Das Lager an einem Seitenarm des Grenzflusses San Miguel überraschte die Militärs sowohl durch Größe wie Ausstattung: Für rund 300 Kämpfer angelegt, verfügte es über ausreichend Proviant sowie ein ausgedehntes Tunnelsystem, das einen Offizier an jene erinnerte, die die Vietcong einst gegen den US-Militärapparat nutzten. Offenbar bereitet sich die Farc-Guerrilla auf den Ernstfall vor – sie befürchtet, dass die kolumbianische Regierung auf Druck der USA und der eigenen Öffentlichkeit jene demilitarisierte Zone kassiert, die Bogotá im Rahmen der Friedensgespräche eingeräumt hatte. Trotz militärischen Drucks und massiven Chemikalien-Einsatzes ist der „Plan Colombia“ zur Großoffensive gegen den Drogenhandel weiterhin ein Desaster: Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Produktion von Koka nach Schätzungen des US-Außenministeriums um 250 Prozent gestiegen. Nicht nur das: Mittlerweile stammt die Hälfte des in den USA beschlagnahmten Heroins aus Kolumbien.